WIR IN... GUMMERSBACH SPD

Bürgerbrief 2019

Liebe Bürgerinnen und Bürger aus Karlskamp und Steinenbrück,

zunächst möchte ich mich bei Ihnen vorstellen. Mein Name ist Sivanujan Sivapatham und ich bin im letzten Jahr als Stadtverordneter in den Rat der Stadt Gummersbach nachgerückt. Ich arbeite als IT-Projektmanager bei dem Bundesverwaltungsamt in Köln und lebe mit meiner Familie hier in Gummersbach. Mit diesem Bürgerbrief möchte ich die Sommerpause des Stadtrates gerne nutzen, um Sie über die Schwerpunkte meiner Arbeit als Teil der SPD-Fraktion in den vergangenen Monaten auf dem Laufenden zu halten.

In unserem letzten Bürgerbrief im Sommer 2018 informierten wir Sie darüber, dass das inzwischen geschlossene Theater auch mit den Stimmen der SPD als Projekt für die sogenannte Regionale 2025 angemeldet wurde. Die Regionale 2025 ist ein Strukturförderprogramm des Landes Nordrhein-Westfalen, um die Entwicklung speziell bei uns in der Region zu unterstützen. Dieses Programm könnte der Stadt Gummersbach unter bestimmten Voraussetzungen die Perspektive eröffnen, mit großer finanzieller Unterstützung des Landes das Theater wiederzubeleben. Ich berichtete Ihnen ebenfalls im letzten Bürgerbrief, dass für dieses Vorhaben eigens eine Lenkungsgruppe eingesetzt wurde. Wie versprochen, hat die SPD die Arbeit dieses Gremiums wesentlich mitgestaltet. Für uns steht dabei fest, dass drei Bedingungen für die Wiederaufnahme des Theaterbetriebes erfüllt werden müssen. Erstens ein überzeugendes inhaltliches Konzept, das mehr Besucher nach Gummersbach lockt. Zweitens eine gesicherte und dauerhafte Finanzierung der Betriebskosten, die nicht von den Gummersbacherinnen und Gummersbachern alleine getragen werden dürfen. Schließlich drittens eine zuverlässige Sanierung, deren Kosten ganz wesentlich vom Land NRW mitgetragen werden müssen. In der letzten Ratssitzung wurde ein Zwischenergebnis der Arbeit der Lenkungsgruppe vorgelegt. Zur ersten Bedingung können wir sagen, dass ein überzeugendes Konzept für ein neues Theater mit vielseitigen Angeboten und Möglichkeiten der Mitwirkung an Theaterproduktionen präsentiert wurde. Darüber hinaus hat die SPD immer wieder die Meinung vertreten, dass 800 Sitzplätze heutzutage für Gummersbacher Verhältnisse zu viel sind. Dem trägt das neue Konzept mit einer Reduzierung auf 500 bis 600 Plätze Rechnung. Insofern wurde unsere erste Bedingung nach einem guten Konzept für die Neuausrichtung des Theaters erfüllt.

Bei diesem Zwischenergebnis wurden auch klare Aussagen für die zukünftigen Betriebskosten getroffen. Hier liegt ein wesentlicher Knackpunkt. Die Betriebskosten würden sich mit mindestens 2 Millionen Euro pro Jahr gegenüber dem alten Theater ungefähr vervierfachen. Eine solche Summe kann von Gummersbach nicht alleine gestemmt werden. Die höhere Belastung für alle Gummersbacherinnen und Gummersbacher wäre aus unserer Sicht nicht vertretbar. Deshalb brauchen wir Partner, die sich an den Kosten beteiligen. Dazu gehört nach unserer Meinung vor allen Dingen der Oberbergische Kreis, weil das neue Theater eine große Wirkung weit über Gummersbach hinaus entfalten soll. Zusagen für eine solche Beteiligung konnten bisher noch nicht gegeben werden, weil der Bürgermeister noch Zeit braucht, um mit dem Oberbergischen Kreis zu verhandeln und der ehrenamtlich geführte Förderverein, der sehr aktiv ist, die Gelegenheit haben muss, Spendengelder für den Weiterbetrieb des Theaters zu sammeln. Hier gibt es bei anderen Theatern gute Vorbilder mit erheblichem finanziellem Engagement aus der Bürgerschaft. Wegen dieser Finanzierungslücke und weil das Sanierungskonzept noch aussteht, haben wir als SPD große Bedenken hinsichtlich dieses für unsere Stadt gewaltigen Vorhabens. Trotzdem haben wir in der letzten Ratssitzung zugestimmt,

die Bemühungen für ein neues Theater fortzusetzen, um alle Möglichkeiten, die wir haben, auch wirklich auszuschöpfen. Ob es am Ende gelingt, bleibt aber mehr als fraglich.

Schon seit längerer Zeit gibt es in ganz Nordrhein-Westfalen eine große Diskussion um die Anliegerkosten bei Straßenbaumaßnahmen. Hier kommt es ganz oft zu sehr hohen finanziellen Belastungen für die Anlieger, die ja durch zahlreiche andere Abgaben schon mehr als genug in Anspruch genommen werden. Betroffen sind alle, Eigentümer und Mieter. Wir sind überzeugt, dass das bisherige Abrechnungssystem ungerecht ist. Es kann doch nicht sein, dass bei kommunalen Straßen der größte Teil der Finanzierung auf den Schultern der Anwohner lastet. Straßen stehen allen Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung. Daher sollen auch die Kosten auf alle verteilt werden und das Land NRW die Finanzierung tragen. Einerseits entsteht für das Land natürlich eine hohe finanzielle Belastung – geschätzt sind es rund 130 Mio. € – aber andererseits ist genügend Einsparpotenzial vorhanden. Das Geld ist also da. Deshalb hat die SPD in der Ratssitzung am 26.02.2019 die Verwaltung in einem Antrag aufgefordert, das Land NRW zur Kostenübernahme zu bewegen. Leider waren die anderen Fraktionen nicht bereit, ein solches deutliches Signal zur Entlastung der betroffenen Anlieger zu geben und haben den Antrag abgelehnt. Auch im Landtag wird diese Thematik seit längerem heftig diskutiert. Die SPD-Landtagsfraktion war schon im Dezember 2018 aktiv geworden und hatte die vollständige Kostenübernahme durch das Land gefordert. Mittlerweile konnte auch die CDU / FDP-geführte Landesregierung dem Druck nicht mehr standhalten und hat vor wenigen Wochen endlich einen eigenen Vorschlag unterbreitet. Dieser sieht eine Beteiligung des Landes in Höhe von 65 Mio. € vor. Es handelt sich zwar um einen Schritt in die richtige Richtung, doch letztlich handelt es sich um ein halbherziges Modell. Es wird keine einheitliche Lösung in NRW geben. Die Verantwortung wird weiterhin den Kommunen aufgebürdet. Neue Unsicherheiten und zusätzliche Bürokratie entstehen. Im Herbst 2019 soll der Landtag entscheiden. Wir werden weiter für eine bürgerfreundliche Lösung kämpfen.

Der Klimawandel macht auch vor Gummersbach nicht halt. Es gibt viele Initiativen, die sich dieses dringlichen und existentiellen Themas annehmen. In der Sitzung des Hauptausschusses am 03.07.2019 gab es eine Anregung des Klimabündnisses Oberberg mit dem Ziel, dass auch unsere Stadt die Eindämmung des Klimawandels und seiner schwerwiegenden Folgen mit unseren Möglichkeiten vor Ort als Aufgabe von höchster Priorität ansieht. Wir als SPD nehmen diese Anregung sehr ernst und waren unabhängig davon schon vorher aktiv geworden. Bereits im April 2019 haben wir im Hauptausschuss beantragt, alle technischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten auszuschöpfen, um den Fuhrpark der Stadt Gummersbach und der Stadtwerke auf umweltfreundliche Antriebe umzustellen. Dieser Antrag stieß auf Gehör und vor wenigen Wochen gab es im Ratssaal eine große Informationsveranstaltung zum Thema „Nachhaltige Mobilität in Gummersbach“. Das existentielle Thema des Klimaschutzes werden wir in der Arbeitsgruppe Stadtentwicklung für Gummersbach vertiefen und plädieren für einen parteiübergreifenden Konsens.

Es gibt noch viel mehr Themen, mit denen ich mich im Stadtrat beschäftigt habe. Kommunalpolitik ist sehr vielschichtig. Aber es fehlt der Platz, um über alles zu berichten. Ich hoffe, dass dieser aktuelle Bürgerbrief für Sie informativ ist und wünsche Ihnen noch schöne Sommertage.

Gerne können Sie mich kontaktieren und Ihre Fragen und Anregungen zu den Ortsteilen Steinenbrück und Karlskamp an mich richten.

Mit freundlichen Grüßen

Sivanujan Sivapatham

SIVANUJAN SIVAPATHAM

Marktstr 10 • 51643 Gummersbach
Mobil: 0176 - 41 00 07 08
sivanujan.sivapatham@spd-gummersbach.de
www.spd-gummersbach.de facebook.com/spdgm